

Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Fusionsgespräche mit der Gemeinde Ostermundigen und anderen Gemeinden Teil II: Rigide rotgrüne Verbotskultur (Belegungsvorschriften bei Wohnungen, Einführung Fleischsteuer, Abbau Parkplätzen etc.) und drohende de facto Enteignung der Hauseigentümer: Wie will der Gemeinderat den Ängsten der umliegenden Gemeinden begegnen?

Am 11.9.2019 fand eine interessante Sitzung der AKO zu den Erfahrungen der Fusion Luzern und Littau statt. Die Fraktions- und Parteipräsidenten waren dabei eingeladen. Der Präsidentin und dem Sekretariat der AKO sei an dieser Stelle für die gute Organisation und die gelungene Durchführung des Anlasses gedankt. Wichtige Erkenntnisse des Anlasses waren u.a., dass der Prozess von unten angestossen werden muss und der Einbezug weiterer Agglomerationsgemeinden frühzeitig stattfinden. Auch müssen Ängste abgebaut werden. Es sei auf den Erfahrungsbericht von Peter Mender (Inputreferat vom 11.9.2019) verwiesen.

In der Stadt herrscht eine rigide rotgrüne Politik und Verbotskultur, dem Autofahrer wird das Autofahren verleidet, ebenso sollen die bestehenden Verkehrsachsen verengt und Parkplätze weiter abgebaut werden. Zudem drohen Belegungsvorschriften für Wohnungen, Werbeverbote und die Einführung der Fleischsteuer. Als neues Highlight droht Hauseigentümern die Enteignung, wenn die Stadt eine neue Quote städtischer Liegenschaften anstreben will.

Der Gemeinderat wird höflich darum ersucht, die Fragen zu beantworten:

1. Werden durch die vorstehend erwähnte rotgrüne Politik und die Verbotskultur die umliegenden Gemeinden nicht brüskiert und zu recht vor Fusionsgelüsten abgeschreckt?

Wenn nein, warum nicht?

aufgeschlüsselt nach a) rigide rotgrüne Verkehrspolitik (Abbau Parkplätze, zwangsweise Benützung der Einstellhallen, Schikanen, überbordende Velooffensive etc.); b) Verbotskultur (Belegungsvorschriften, Fleischsteuer, Werbeverbote); c) de facto Enteignung der Hauseigentümer; e) weitere kritische Bereiche

Wenn ja, was will der Gemeinderat der Konsequenzen daraus ziehen, wie will er diese konkret umsetzen und die Ängste abbauen

aufgeschlüsselt nach a) rigide rotgrüne Verkehrspolitik (Abbau Parkplätze, zwangsweise Benützung der Einstellhallen, Schikanen, überbordende Velooffensive etc.); b) Verbotskultur (Belegungsvorschriften, Fleischsteuer, Werbeverbote); c) de facto Enteignung der Hauseigentümer; e) weitere kritische Bereiche

2. Was will der Gemeinderat konkret gegen die bestehenden berechtigten Ängste der umliegenden Gemeinden unternehmen.

Begründung der Dringlichkeit

Der Gemeinderat und der Stadtrat streben rasche Fusionsverhandlungen mit Ostermundigen an. Dadurch könnten andere Gemeinden brüskiert werden. Auch das Vorgehen der Stadt und die von SP und JUSO angestrebten Erwerb von Privateigentum und rigide Verkehrspolitik dürfte andere umliegende Gemeinden – nach Auffassung der Interpellanten völlig zurecht – vor jeden Fusionsgelüsten Abstand nehmen lassen. Die umgehende Beantwortung der nachfolgenden Fragen ist angesichts des geplanten Vorgehens der Stadt und der Gemeinde Ostermundigen zwingend. Frühe Brüskierungen der Agglomeration und die zurecht bestehenden Ängste können sich klar negativ auswirken.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Thomas Glauser, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli